

STARNBERGER GRÜNE BLÄTTER



Die Zeitung des Ortsverbands Starnberg von Bündnis 90/Die Grünen Nr. 1, Juni 2010

Liebe Starnbergerinnen und Starnberger,

mit dieser ersten Ausgabe der „Starnberger Grünen Blätter“ möchten die Grünen Ihre Erfahrungen, Ansichten und Einsichten zu lokalen, aber auch allgemein politischen Themen zur Diskussion stellen. Wir suchen den Dialog und freuen uns, mit Ihnen in Meinungsaustausch zu treten.

Sie treffen uns bei unserem monatlichen Stammtisch im „Königswasser“ (normalerweise jeden zweiten Montag im Monat um 20.00 Uhr).

Gerne können Sie uns Ihre Meinung auch per e-mail zusenden (s. Impressum) oder besuchen Sie unsere Homepage: www.gruene-starnberg-ov.de.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen, um die es nach unserem Verständnis in der politischen Auseinandersetzung immer gehen sollte, erfordert das offene Gespräch und die Bereitschaft zuzuhören, eigene Positionen zu überdenken und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Martina Neubauer und Kerstin Täubner Benicke (Ortsvereinsvorsitzende)

Christoph Bail und Peter Klinder (Redaktionsteam)

Starnberger Haushaltspolitik - die Bewertung aus GRÜNER Sicht

Am 22. März 2010 hat der Starnberger Stadtrat den Haushalt für das laufende Jahr gegen sieben Stimmen verabschiedet. Der Debatte über den Haushalt gingen elf Beratungen im Haushaltsausschuss und drei Stadtratssitzungen voraus. Während es im Fachausschuss noch möglich war, sich auf einen Rahmen zu einigen, wurden diese Empfehlungen von CSU, BLS/WPS und FDP in den Stadtratssitzungen wieder zunichte gemacht.

Die Entwicklung des städtischen Haushalts stellt sich für das Jahr 2010 wie folgt dar:

Im Verwaltungshaushalt gibt es auf der Seite der Einnahmen, bedingt durch den Einbruch bei der Gewerbesteuer und der Lohn- und Einkommenssteuer, einen deutlichen Rückgang. Erstmals seit vielen Jahren muss eine Zuführung an den Verwal-

tungshaushalt in Höhe von 142.400 Euro erfolgen.

D. h. wir leben von unseren Ersparnissen. Das können wir uns nicht oft leisten! Das geht zu Lasten der nachfolgenden Generation!

Unser Vermögenshaushalt weist mit einem Volumen von über 15 Millionen Euro nochmals eine Steigerung von ca. 20 % gegenüber dem Vorjahr auf. Aus GRÜNER Sicht problematisch ist dabei, dass die Finanzierung dieses Haushalts nur über eine hohe Kreditaufnahme und hohe Entnahmen aus der Rücklage gesichert werden kann; er beruht nicht auf der eigenen Finanzkraft.

Die Verabschiedung eines Haushalts erfordert eine ernsthafte politische Bewertung, die Beurteilung der Zukunftsfähigkeit

und der Generationengerechtigkeit.

Bereits bei der Verabschiedung des Haushalts 2009 haben wir deshalb darauf hingewiesen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise auch Auswirkungen auf unsere Kommune haben wird. Dabei waren die bundespolitischen Kapriolen, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die immense Neuverschuldung des Bundes noch gar nicht bekannt.

Bekannt war uns aber, und das erleben wir derzeit, dass die Städte und Gemeinden mit massiven Einbrüchen des Gewerbesteueraufkommens zurecht kommen müssen und dass die Sozialausgaben und damit die Umlage durch den Landkreis Starnberg und den Bezirk Oberbayern steigen werden.

Wir haben den Haushalt für das Jahr 2010 aus drei Gründen abgelehnt:

- er führt mittelfristig in eine Verschuldung, die uns jeden Handlungsspielraum rauben wird;
- er hat völlig falsche Prioritäten gesetzt und
- der Prozess, diesen Haushalt aufzustellen war unsachlich und orientierte sich an Machtfragen und Klientelpolitik, weil eine Mehrheit aus CSU, BLS/WPS und FDP sich einer sachlichen Zusammenarbeit verweigerte.

Die Folge der politischen Konstellationen im Starnberger Stadtrat ist ein Zahlenwerk, das den Zielen eines soliden, zukunftsfähigen und generationen-

gerechten Haushaltes in keiner Weise entspricht. Weit entfernt von einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik geht es um Lieblingsprojekte, persönliche Befindlichkeiten und um Machtfragen (und das bereits vier Jahre vor den nächsten Kommunalwahlen!), um eine nachhaltige Entwicklung für unsere Stadt geht es nicht.



Zu befürchten ist, dass diese Art der Haushaltspolitik uns in den nächsten Jahren Zwänge auferlegt, die **wir** nicht wollen. Wenn unser Haushalt so klamm ist,

dass wir nicht mehr agieren können, werden die Diskussionen um Privatisierung kommunaler Aufgaben geführt werden. Anstatt zukunftsweisend wichtige Entscheidungen für die nächsten Generationen treffen zu können, wird es dann um Fragen wie der Veräußerung von städtischen Betrieben (Wasserversorgung als ein Beispiel) und die Beschneidung von freiwilligen Leistungen wie beispielsweise der Zuschüsse für unsere Sportvereine, für den Seniorentreff, die Jugendarbeit und unser vielfältiges kulturelles Leben gehen.

Das wollen wir nicht!

Was wir brauchen:

- eine optimale Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulklassen;
- eine behinderten- und seniorengerechte Infrastruktur und finanzierbaren Wohnraum;
- eine Entwicklung von Verkehrskonzepten, die ihren Blick auf Alternativen zum motorisierten Individualverkehr lenkt;
- einen schonenden Umgang mit unserer Natur;
- eine nachhaltige, sichere und günstige Energieversorgung durch regenerative Energie am besten mit eigenen Stadtwerken.

Zu verantwortungsvoller Politik gehört es auch, sich von Projekten zu verabschieden, deren Sinnlosigkeit sich spätestens auf den zweiten Blick erschließt.

Weitere Untersuchungen für eine sogenannte Nord-Ost-Umfahrung sind rausgeworfenes Geld. Alle Umfahrungsvarianten sind aus naturschutzfachlicher und wasserrechtlicher aber auch aus finanzpolitischer Sicht unrealistisch. Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus diesen Planungen, die auch bundespolitisch nie Zustimmung finden würden.

Nicht nachvollziehbar ist es, dass eine knappe Mehrheit im Stadtrat Mittel für die Instandhaltung unserer Gebäude gestrichen hat und damit riskiert, dass Schäden, die nicht sofort repariert werden können, in den darauf folgenden Jahren zu Mehrkosten führen werden.

Nicht nachvollziehbar ist es, dass die selbe knappe Mehrheit einen Starnberger Fördertopf für energetische Sanierungen von Privathaushalten gestrichen hat. Wir bedauern die Streichung der Mittel für einen Skaterplatz für unsere Jugendlichen und setzen

auf umgehende Sanierung des bestehenden Platzes, bis wir den neuen Platz bauen können.

In Zeiten knapper Kassen ein überdimensioniertes Feuerwehrhaus zu finanzieren, das seine Funktion auch bei einer Reduzierung der Baumasse und damit deutlich geringeren Kosten erfüllt hätte, ist kein zukunftsweisendes Handeln und findet von unserer Seite keine Zustimmung. Die **GRÜNEN** haben den Haushalt 2010 aus den geschilderten finanzpolitischen und inhaltlichen Gründen abgelehnt. Die für das laufende Haushaltsjahr 2010 geplante Kreditaufnahme in Höhe von 4,3 Millionen Euro hätte gerade noch unsere Zustimmung gefunden, aber der Ausblick auf das für die Folgejahre geplante Abschmelzen der Rücklagen auf ein kritisches Niveau ist aus unserer Sicht ebenso wenig tragbar, wie die eingeplanten zusätzlichen Grundstücksverkäufe in bisher beispielloser Größenordnung

kombiniert mit dem Wunschtraum auf der Einnahmenseite, dass die Gewerbesteuer bereits wieder munter sprudeln wird und einer Finanzplanung bis zum Jahr 2013, die alles andere als solide ist.

Martina Neubauer
Stadt- und Bezirksrätin,
Ortsvorsitzende



Quo vadis STAgenda?

Das erfolgreiche Modell aktiver Bürgerbeteiligung Starnbergs darf nicht den Gegnern einer nachhaltigen Entwicklung überlassen werden

Die Bilanz der Entwicklung Starnbergs seit Kriegsende ist, vor allem im Vergleich zu anderen Kreisstädten Oberbayerns, in einigen Bereichen negativ. Da wurden der Autoverkehr mehr oder weniger gezielt in und durch die Innenstadt geleitet, der Seezugang verbarrikiert, der Stadtkern zubetoniert und in der Peripherie traditionelle Gebäude von Wohnblöcken und Protzwillen umgeben. Es gab zwar eine Vielzahl von Plänen für die Lösung der Probleme Starnbergs, ob Verkehrsverstopfung, Seeanbindung oder Verschönerung der Innenstadt. Umgesetzt davon wurde freilich wenig. Dies lag wohl vor allem an der Zerstrittenheit des von der CSU und ihren Trabanten dominierten Stadtrates. Jedenfalls wäre es kühn zu behaupten, dass die traumhaft gelegene Stadt der Reichen und Schönen auch selbst schön, bürgerfreund-

lich und nachhaltig gestaltet worden wäre.

Ein Lichtblick in dieser traurigen Entwicklung ist die STAgenda. Hier haben sich seit fast 15 Jahren Bürger, denen es über die Parteigrenzen hinweg um eine zukunftsfähige Entwicklung Starnbergs ging, engagiert und praktische Vorschläge entwickelt, wie die Lebensqualität verbessert und die Grundlagen des kommunalen Zusammenlebens im Interesse unserer Kinder erhalten werden können. Maßgebend hierfür war das in der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 erarbeitete Konzept der nachhaltigen Entwicklung, das weltweit nach dem Motto „global denken, lokal handeln!“ zu Umsetzungsstrategien auf allen Entscheidungsebenen geführt hat. Dabei geht es um einen vernünftigen Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, sozialem Zusam-

menhalt und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Es geht also um Politikintegration und langfristige Lösungen, ohne die Rechnung den kommenden Generationen aufzubürden.

Erfreulicherweise haben der damalige Bürgermeister Heribert Thallmair und der Stadtrat diese Initiative seinerzeit unterstützt und ihr eine Beratungsfunktion zugewiesen. Es wurden ein Lenkungskreis und eine Reihe von Arbeitskreisen zu den für die Kommunalpolitik relevanten Themen eingerichtet: Bauen, Energie, Verkehr, Wirtschaft, natürliche Ressourcen, soziale Fragen, Natur und Landschaft, Kultur. In den Arbeitskreisen, die allen Bürgern offen stehen, die sich mit den in einem Leitbild verankerten Zielen der STAgenda identifizieren und zu sachlicher Mitarbeit bereit sind, werden Probleme und Lösungsmöglichkeiten erörtert, Projekte und

Veranstaltungen vorbereitet und einvernehmlich Anregungen an die Verwaltung und den Stadtrat ausgearbeitet. Über die Vorschläge entscheidet der unter dem Vorsitz des Bürgermeisters tagende Lenkungskreis, in dem die Leiter der Arbeitskreise und je ein Vertreter der Stadtratsfraktionen, letztere ohne Stimmrecht, vertreten sind. Auf diese Weise wurde eine Vielzahl von Projekten und Empfehlungen auf den Weg gebracht – von der schülergerechten Gestaltung der Schulhöfe, dem ersten Fußwegeplan, der Verbesserung der Radwege, dem autofreien Sonntag, einer umfassenden Beurteilung der Konzepte für die Seeanbindung, Pflegeplänen für das Leutstettener Moos und die Erstellung einer detaillierten CO2 Bilanz Starnbergs bis zu einem kunstvoll gestalteten Bioeinkaufsführer und der fröhlichen Bemalung der düsteren Gleisunterführungen. Nicht alles, was die Arbeitskreise erarbeitet und der Lenkungskreis beschlossen hatten, wurde umgesetzt. Die STAgenda konnte auch wenig zur Klärung der umstrittenen Schicksalsfrage „Tunnel oder Umfahrung“ beitragen, zumal dies letztlich in die Zuständigkeit der Bundes- und Landesbehörden fällt. Aber es konnten dennoch jenseits des parteipolitischen Hickhacks und der Beserwisserei diverser Seniorenstammtische viele gute Ideen auf den Weg gebracht und konkrete Verbesserungen in unserer Stadt erreicht werden. Dies wurde auf einem öffentlichen Workshop am 9. Februar 2010 eindrucksvoll dokumentiert.

Seit einiger Zeit wird nun von den Mitgliedern einer anderen

Bürgerinitiative, der WPS, der Versuch unternommen, die STAgenda zu unterwandern und für ihre politischen Ziele einzuspannen. Mit dem Konzept nachhaltiger Stadtentwicklung hat diese Gruppierung eingefleischter Tunnelgegner wenig am Hut. Sie steht vielmehr für weniger Umweltschutz und die Zerstörung der Natur- und Wasserschutzgebiete im Nordosten Starnbergs im Interesse der Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs ins Umland. In einigen Arbeitskreisen – etwa Bauen und Verkehr – traten sie als Gruppe auf und verhinderten eine sachliche Arbeit, indem sie die Diskussion mit generellen Angriffen gegen die Verwaltung, den Stadtrat und den Lenkungskreis und mit populistischen Forderungen nach Berücksichtigung des angeblichen Bürgerwillens bzw. Volksempfindens, politisierten. Dabei verkennen sie, dass die Arbeitskreise auf vertrauensvoller und sachlicher Zusammenarbeit im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung Starnbergs beruhen. Die Arbeitskreise sind auch keine öffentliche Debattierclubs, sondern sollen sachgerechte und umsetzungsfähige Lösungsmöglichkeiten für konkrete Probleme erarbeiten. Ihre Projekte und Vorschläge werden grundsätzlich im Konsens erarbeitet.

Die Arbeitskreisleiterinnen und die Arbeitskreisleiter haben sich intensiv darum bemüht, die Vertreter dieser Gruppierung einzubinden und zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zu bewegen. Die Angriffe verschärfen sich indessen und richteten sich auch persönlich gegen die Initiatoren und Träger der STAgenda.

Stadtrat Klaus Rieskamp, Vertreter der WPS/BLS im Lenkungskreis, stellte in Leserbriefen sogar die Existenzberechtigung der STAgenda in Frage.

In allerjüngster Zeit ist zwar ein Bemühen um etwas mehr Sachlichkeit und weniger Polemik seitens der WPS erkennbar. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob das Einlenkungsmanöver nicht rein taktischer Natur ist. Jedenfalls ist es nicht hinnehmbar, dass eine Bürgerinitiative (die WPS) eine andere Bürgergruppe (die STAgenda), deren Ziele sie nicht teilt, zu übernehmen versucht. Das wäre ähnlich zu beurteilen wie ein Versuch des Jägerbundes, den Tierschutzverein zu übernehmen.

Wenn sich die Arbeitskreise, der Lenkungskreis, der Bürgermeister und letztlich der Stadtrat nicht entschieden gegen derartige Versuche einer feindlichen Übernahme verwahren, könnte dies das Ende des STAgenda Prozesses zum Schaden Starnbergs bedeuten.



Christoph Bail
Ministerialrat a.D.

Geothermie – Risiken und Chancen für eine Energiewende

Wieso Geothermie?

Das Innere der Erde ist heiß. Die Menschheit weiß das schon lange, insbesondere das christliche Abendland mit seinen fantasiereichen Vorstellungen von einem ewigen Höllenfeuer, das irgendwo unter uns brennt. Wie heiß es "da unten" wirklich ist, das ist den wenigsten be-

wusst. 99% unseres Planeten sind heißer als 1000° C und 99% vom Rest sind immer noch heißer als 100°C. Die Energie für diese Temperaturen stammt zum einen aus dem Zerfall radioaktiver Elemente im Erdinneren; zum anderen aus der gespeicherten Restenergie, die bei der Entstehung unseres Plane-

tensystems frei wurde. Im Prinzip kann man die Erdwärme also überall nutzen, da die Temperatur in die Tiefe mit einer Rate von durchschnittlich 3°/100 m (geothermischer Tiefengradient) beständig zunimmt.

Warum die Geothermie in Starnberg überhaupt möglich ist

Der Landkreis Starnberg ist nicht nur an der Oberfläche eine Ausnahmeschönheit. Im Untergrund Südbayerns befindet sich eine auf der Erde ziemlich seltene und in Deutschland einzigartige geologische Struktur - ein tiefliegender, heißer Süßwasseraquifer. Aufgrund dieser Besonderheit ist es, möglich relativ einfach, risikoarm und verhältnismäßig billig geothermische Energie zu nutzen.

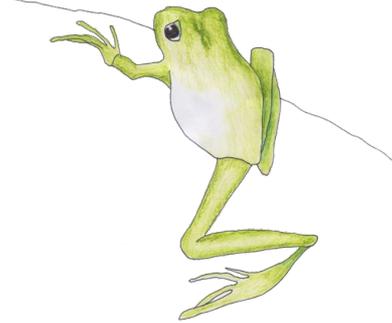
Stark vereinfacht ist die geologische Ausgangssituation die folgende: Zwischen dem Alpennordrand und der Donau erstreckt sich das "Molassebecken". Ein Absenkungsbereich der den Verwitterungsschutt (Molasse) der etwa seit dem Ende der Kreidezeit (ca. 60 Mio Jahre) aufsteigenden Alpen aufnahm und immer noch aufnimmt. An der Basis der Molasse liegt eine mehrere hundert Meter mächtige Schicht aus Kalkstein (Jurakalk). Dieser Kalk war in der Kreidezeit landfest und ist damals verkarstet; d.h. er enthält viele Hohlräume, die mit Wasser gefüllt sind. Weil das Molassebecken ein Absenkungsbereich ist und der Kalk, der nördlich der Donau die heutige Landoberfläche bildet (fränkische Alb), deswegen ziemlich steil nach Süden hin abtaucht, ist dieses Wasser heiß. Wie heiß es ist, hängt von der Tiefenlage des Kalkes ab.

So ergibt sich für die Tiefengeothermie ein günstiger Bereich mit einer Nordgrenze knapp nördlich von München (Wasser noch nicht zu kalt) und einer Südgrenze etwa südlich von Seeshaupt (Kalk noch nicht zu tief). Bohrt man nun innerhalb dieses günstigen Bereiches bis in den Jurakalk, so trifft man mit großer Wahrscheinlichkeit auf 85 - 130° heißes Wasser, das deswegen und nach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren (der Kalk steht nördlich der Donau an der Oberfläche an) bis ca. 200 m unter Gelände ansteigt. Ob man genug Wasser antrifft, hängt von der Verteilung der Karsthohlräume und der tektonischen Störungen im Kalk ab.

Nutzungsmöglichkeiten

Ist das heiße Wasser einmal an der Oberfläche kann man es zum Heizen oder zur Erzeugung von elektrischer Energie nutzen. In beiden Fällen wird die im Tiefen-

wasser enthaltene Wärmeenergie über einen Wärmetauscher auf ein weiteres flüssiges Medium übertragen.



Das Tiefenwasser wird also immer in einem geschlossenen Kreislauf geführt. Heizen funktioniert ganz einfach, indem man über den Wärmetauscher aufgeheiztes Wasser über ein Nahwärmenetz an die Abnehmer verteilt, die damit über einen weiteren Wärmetauscher ihren Heizkreislauf betreiben.

Elektrische Energie wird mittels Dampfturbinen erzeugt. Da das Tiefenwasser in Südbayern dafür eigentlich nicht heiß genug ist, wird der Siedepunkt des Wassers im Turbinenkreislauf durch Zugabe von Ammoniak (Kalinaprozess) oder anderen chemischen Substanzen erniedrigt. Da geothermische Energie als erneuerbare Energie gilt, kommt der so gewonnene Strom in den Genuss des EEG und kann zu sehr lukrativen Preisen in das Netz eingespeist werden.

Wie leicht einzusehen ist, ist die Erzeugung von Strom zwar lukrativ aber nicht besonders effektiv. Ein Beispiel: Das geothermische Kraftwerk Unterhaching ist auf eine Gesamtentnahmemenge von ca. 150 l/s (das sind 540 m³/h) ausgelegt. Davon werden mit ca. 25l/s Tiefenwasser ca. 31 MW thermische Energie erzeugt, mit den "restlichen" 125 l/s sollen in der Endausbaustufe ca. 3,4 MW elektrische Energie erzeugt werden.

Gibt es Risiken?

Es gibt kein technisches Verfahren ohne Risiko. Ein geothermisches Kraftwerk ist eine großtechnische Einrichtung. Technische Eingriffe in die Natur sind immer mit Risiken verbunden. Diese Aussage ist trivial und gilt für Windräder genauso wie für Atomkraftwerke.

Die Aufgabe der Politik ist es, in Anwendung des Vorsorgeprinzips diese Gefahren so gut als irgend möglich zu berechnen, zu begrenzen und im Vergleich zu den

Alternativen der Energiegewinnung abzuwägen. Ganz wesentlich bei solchen Risikoabschätzungen müssen Faktoren wie zeitliche und örtliche Fern- und/oder Dauerwirkungen sein.

Die Gefahren, die von geothermischen Kraftwerken ausgehen können, hängen in sehr hohem Maß von der örtlichen Geologie ab. Gegenüber anderen Standorten hat Südbayern hier entscheidende Vorteile. Die wichtigsten bekannten Risiken - Auslösen von Erdbeben durch die Bohrung und/oder das Wiedereinpressen des abgekühlten Wassers (Beispiel: Oberrheingraben) und die Bildung von radioaktiven Filterschlamm und Rohrablagerungen (Beispiel: Salinaraquifere Norddeutschlands) können bei uns innerhalb der Prognosegenauigkeit als extrem unwahrscheinlich eingestuft werden. Geländehebungen und/oder -senkungen sind ebenfalls nicht zu erwarten.

Wie das Beispiel des Geothermie Kraftwerks Pullach zeigt, liegen die Prognosen richtig.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit hängt natürlich auch von der Größenordnung des technischen Eingriffs in die Natur ab. Wenn mehr und größere Bohrungen niedergebracht werden und mehr Wasser entnommen und wieder verschluckt wird, steigt automatisch auch das Risiko.

Eine örtliche und zeitliche Fernwirkung der von geothermischen Kraftwerken ausgehenden Risiken ist im Gegensatz zu anderen Energielieferanten wie Kohle-(CO₂) oder gar Atomkraftwerke nicht zu befürchten.

Fazit aus grüner Sicht:

Aus grüner Sicht ist die Nutzung der Tiefengeothermie zu Heizzwecken grundsätzlich positiv zu bewerten. Die Stromerzeugung aus der Geothermie ist hingegen extrem ineffizient und nur innerhalb der Rahmenbedingungen des EEG lukrativ. Gerade noch tragbar ist sie allenfalls in Verbindung mit einem entsprechend großen Nahwärmenetz.

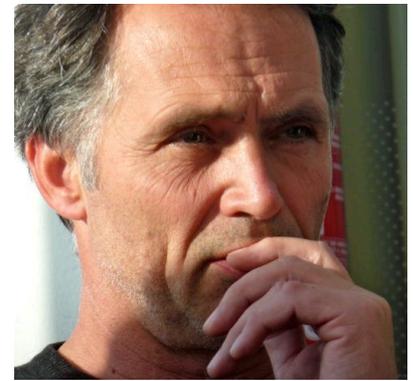
Umweltpolitisch ist die Vergabepraxis der Bergrechte durch die bayrische Staatsregierung ein Skandal. Bergrechte dürfen nicht an ausschließlich profitorientierte Investoren nach dem Windhundprinzip vergeben werden. Bergrechte gehören in kommunale Hand.

Genauso wie das Trinkwasser und die Strom- und Gasnetze gehört die Versorgung mit Wasser und preiswerter, möglichst klimaneutraler Energie zur kommunalen Daseinsvorsorge. Das geologische Umfeld und die Abnehmerstruktur in Starnberg bieten hervorragende Voraussetzungen für den profitablen Betrieb eines geothermischen Kraftwerkes.

Auch wenn wir die Bergrechte leider nicht haben, sollten wir schon im Hinblick auf unsere zusammenbrechenden Finanzen

nicht länger zögern, uns entsprechend aufzustellen, um mit einem möglichen Investor auf Augenhöhe verhandeln zu können.

Gründen wir endlich Stadtwerke!



Dr. Franz Sengl,
Stadtrat, Geologe

Rechtsextremismus in neuen Kleidern

Rechtsextremismus ist eine Sammelbezeichnung, um faschistische, neonazistische oder ultranationalistische politische Einstellungen und Aktivitäten zu beschreiben. In Deutschland gibt es laut Verfassungsschutz rund 10.400 gewaltbereite Rechtsextremisten. Seit 1990 kamen mehr als 140 Menschen durch rechtsextreme Gewalt zu Tode.

Zurzeit bestehen 2 „große“ rechtsradikale Parteien: NPD und DVU. In zwei Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt) sitzt die NDP im Landtag. Sie hat geschätzte 7.000 Mitglieder. Durch den Tod ihres Parteimitglieds und größten Geldgebers Jürgen Rieger scheint sie vor dem finanziellen Ruin zu stehen.

In München versucht die NPD, sich mit Hilfe eines Namenswechsels in die gesellschaftliche Mitte einzuschleichen. Die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) hat es in München sogar in den Stadtrat geschafft. Diese betrachtet sich selbst zwar weder als „rassistisch“ noch als „ausländerfeindlich“ noch als grundgesetzfeindlich. Ihr Vorsitzender Karl Richter ist jedoch vom Amtsgericht wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu 5600 Euro Geldstrafe verurteilt worden. Bei seiner Vereidigung rutschte ihm sein rechter Arm zu einem Hitlergruß aus.

Wieder ist ein neuer Name für das alte Gedankengut erfunden worden. Die rechte Szene versucht sich zu wandeln. Dies sieht man vor allem an einer neuen Bewe-

gung, den so genannten „Autonomen“ Nationalisten. Sie kleiden sich wie Linke, klauen bei deren Lifestyle und schreien linke Parolen auf Demonstrationen. Auch treten sie vermehrt ähnlich auf wie der so genannte „Schwarze Block“ der linken Szene. Von dem disziplinierten „arischen Kader“ ist keine Spur mehr zu sehn. „Der Neonazi“, wie viele ihn in Erinnerung haben, verschwindet langsam. Die schweren „Springerstiefel“ weichen sportlichen Turnschuhen. Die Bomberjacken werden ersetzt durch schwarze Kapuzenpullover wie sie autonome Linke tragen. Und schon lange nicht mehr hat jeder Neonazi eine Glatze. Diese Entwicklung stößt allerdings auf Widerspruch in den eigenen Reihen. In einer Erklärung des NPD-Parteipräsidiums von 2007 („Unsere Fahnen sind schwarz - unsere Blöcke nicht!“) nimmt die Partei klar Stellung gegen die neue Strömung. Dadurch wird die rechte Szene in zwei Lager gespalten die untereinander konkurrieren.

Die „materialistischen“ Rechtsextremen unterscheiden sich von den alt bekannten Neonazis weniger im Inhalt ihrer Forderungen als an ihrem Kleidungsstil. Bei ihnen ist weiterhin der „alte“ Kleidungsstil sehr beliebt, den die Neonazis in den 80er Jahren von der Skinhead Bewegung abkupferte. Vor allem die Marke „Lonsdale“ wird geschätzt, unter anderem auch wegen der Buchstabenfolge NSDA. Ein Pullover dieser Marke wird so unter der geöffneten Jacke getragen, dass nur diese vier Buchstaben zu lesen sind. Das

soll an die Partei von Adolf Hitler erinnern. Die Firma distanzierte sich 1999 deutlich von der rechten Szene, insbesondere mit dem Slogan „Lonsdale Loves All Colours“.

Die Firma Mediatex produziert die nahezu ausschließlich von Rechtsextremen getragene Marke „Thor Steinar“. Der Name setzt sich allem Anschein nach aus dem germanischem Gott „Thor“ und dem SS-General Felix „Steinar“ zusammen. Nachdem das Logo von Thor Steinar 2008 wegen zu großer Ähnlichkeit zu dem Abzeichen der zweiten SS Panzerdivision verboten wurde, versucht die Firma mit einem neuen Logo für ihre Produkte zu werben. Gegen Läden, die Thor Steinar verkaufen, gibt es immer wieder Demonstrationen und Proteste.

Auch wenn man einen Rechtsextremisten immer seltener auf den ersten Blick erkennt, sollten wir nicht nur bei rechtsextremistischen Übergriffen und Gewalttaten reagieren. Die Bürger sollten auch Leuten, die in die rechte Szene abzurutschen drohen, auffangen und ihnen Alternativen zu ihrem hasserfüllten Leben bieten. Die Rechtsextremen haben zu einem Kampf um die Köpfe unserer Jugend aufgerufen, den sie nicht gewinnen dürfen und dem wir uns mit einer breiten und bunten Gemeinschaft entgegen stellen müssen. Aufmerksamkeit, Zivilcourage, bürgerschaftliches Engagement und besonnenes Verhalten sind hier gefragt.

Jakob S. , Schüler

Neubewertung von Hartz IV - eine Frage von Menschenwürde und Bildungsgerechtigkeit

Es ist keine neue Debatte, die das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Neubewertung der Hartz-IV-Sätze in Gang gesetzt hat. Neu ist der Stil, in dem sie geführt wird. Neu ist die offene, unverhohlene Abwertung und Diffamierung arbeitsloser Menschen unter dem Motto „*man muss das doch mal sagen dürfen.....*“- ein Motto, mit dem sich Populisten aller Couleur schon seit jeher ein Deckmäntelchen für Diffamierungen aller Art zu geben versuchten.

Viel ist über dieses Thema seit her geredet und geschrieben worden. An dieser Stelle daher nur einige ganz grundsätzliche Überlegungen.

Nötig ist zu allererst eine Differenzierung des Themas. Es gibt nicht **den** Hartz-IV-Empfänger. Die Spanne reicht vom promovierten Akademiker, der nach 30 Jahren Arbeit den Job verliert und in seinem Alter keine Chance auf Neueinstellung hat, über die allein erziehende Mutter, die an der familienfeindlichen Strukturierung unserer Arbeitswelt scheitert, bis hin zum Langzeitarbeitslosen, der aufgrund von Leistungseinschränkungen auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Anstellung mehr findet.

Allein diese Spanne macht deutlich, dass das Problem mit einfachen Lösungen nicht zu bewältigen ist. Wer jetzt lautstark nach schärferen Sanktionen ruft, begibt sich auf eine primitive Ebene, die der Vielschichtigkeit des Themas in keiner Weise gerecht wird, und bedient bewusst Vorurteile, die betroffene Menschen in ihrer Menschenwürde verletzen.

Es sind ganz andere, wesentlich grundlegendere Themen, die (neu) bedacht werden müssen um hier Entwicklungen - noch

lange nicht Lösungen - in Gang zu setzen.

Da ist beispielsweise die in Vergessenheit geratene Frage, wie vorhandene Arbeit, inklusive der unbefriedigten Nachfrage nach Sozialdienstleistungen, besser verteilt und geteilt werden kann. Angesichts eines stetig steigenden Rentenalters und rapide zunehmender Fälle von Burnout sollte dies neu durchdacht werden.

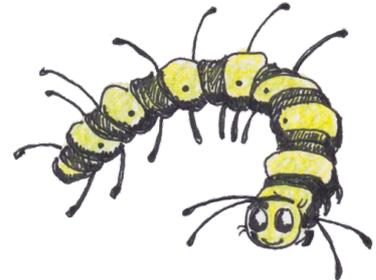
Nach wie vor fehlen auch flexible Arbeitsstrukturen, die Erwerbsarbeit und Kindererziehung auch für Alleinerziehende ermöglichen.

Last, but not least sind vor allem die Fehler der Bildungspolitik, die für die steigende Langzeitarbeitslosigkeit verantwortlich. Wenn von „faulen“ Hartz-IV-Empfängern, von Sanktionen und nötigen Anreizen zur Arbeit gesprochen wird, dann sollte eines nicht vergessen werden:

Die Lebendigkeit des Menschen ist untrennbar mit seiner Arbeit und mit einer sinnerfüllten Tätigkeit verbunden; einer Tätigkeit, die nicht Selbstzweck ist, sondern dem Erhalt des Lebensraums dient. Arbeit - ob sie nun Erwerbsarbeit ist oder nicht - trägt mit zum Mensch Sein bei; ist ein Teil der Würde des Menschen. Und wenn einige wenige auf Arbeit keinen Wert mehr legen, dann mag das auch daran liegen, dass ihre Würde schon längst zuvor mit Füßen getreten worden ist. Wer schon als Kind lernt, dass er mit seiner Herkunft und seinen Begabungen keine Perspektive hat - wie soll der oder die gegen alle Widerstände selbstbewusst um Chancen ringen?

Was wir brauchen ist ein Bildungssystem, das Chancen

eröffnet, statt Einzelne auszusortieren. Und das Bildung nicht gleichsetzt mit dem Eintrichtern von möglichst viel Wissen in möglichst kurzer Zeit.



Bildung bedeutet, Menschen ihre Würde erfahrbar zu machen, damit sie sprachfähig und mündig für sich und ihre Rechte eintreten können.

Dazu gehören Lernräume, die nicht einseitig an intellektueller Leistung orientiert sind, sondern verschiedenste Begabungen ernst nehmen und fördern. Dazu gehört eine gute personelle Ausstattung an Schulen, um Kinder individuell stärken und fördern zu können. Gute Bildung ist die Voraussetzung dafür, dass Kinder den Mut finden, auch aus einer Generationen langen Tradition von Arbeitslosigkeit in der Familie auszusteigen und sich selbst und der eigenen Zukunft etwas zuzutrauen.

Die Zukunft einer gerechten Verteilung von Arbeit und Arbeitslosigkeit in unserem Land ist also untrennbar verknüpft mit der Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen, die den Selbstwert und die Würde des einzelnen fördern und stärken. Einseitige Stigmatisierungen und Abwertungen verschärfen das Problem, statt Lösungen aufzuzeigen. Sie dienen der eigenen Profilierung auf Kosten der gesellschaftlichen Entwicklung. Das ist widerlich und so nicht hinnehmbar.

Lioba Lindner



IM GRÜNEN LICHT

Die Baumschutzverordnung - eine Posse

Seit vielen Jahren hat Starnberg eine Baumschutzverordnung. Nicht, dass sie besonders strikt angewendet worden wäre. Aber immerhin: sie war da und funktionierte weitgehend reibungslos. Dann kam die WPS und mit ihr wurde alles anders. Der Wahlkampfstil, der Ton im Stadtrat. Was genau anders geworden ist, zeigt sich geradezu beispielhaft an der Posse mit der Baumschutzverordnung.

Zunächst bringt der Stadtrat der WPS und selbsternannte Anwalt der Bürger, Professor Günther Picker einen Antrag zur Änderung der Baumschutzverordnung in den Stadtrat ein

Schon beim Lesen sind zwei Dinge sofort klar:

1. Die vorgeschlagenen Änderungen sind für eine Verordnung nicht geeignet, da sie lauter juristisch unbestimmte Begriffe enthalten
2. Der Antrag läuft de facto auf die Abschaffung der Baumschutzverordnung hinaus.

Über diesen Antrag wird auf höchst merkwürdige Weise abgestimmt. Eine knappe Mehrheit aus WPS/BLS, CSU und FDP setzt sich durch, obwohl in der Diskussion mehrmals und deutlich auf die rechtlichen Mängel und die wahre Absicht des Antrags hingewiesen wird.

Im Interesse der Rechtssicherheit wird die „Pickersche Baumschutzverordnung“ dem Landratsamt zur Prüfung vorgelegt. Die wenig überraschende Antwort: wegen der unbestimmten Rechtsbegriffe kann diese Verordnung nicht in Kraft treten. Die Verwaltung erarbeitet daraufhin einen Kompromissvorschlag der zwischen dem WPS-

Antrag und der Rüge der Kommunalaufsicht vermittelt.

Über diesen Kompromissvorschlag findet eine Vorberatung im Bauausschuss statt. In Abwesenheit des Antragstellers kommen dann von Seiten der WPS bemerkenswerte Diskussionsbeiträge, die von "man solle sich doch über die rechtlichen Bedenken des LRA einfach hinwegsetzen" (Dr. Rieskamp) bis "es muss doch möglich sein, das rechtlich unbestimmten Kriterium ‚Baum zu groß für das Grundstück‘ genauer zu bestimmen" (Dr. Gantner). Bürgermeister Ferdinand Pfaffinger erklärt, dass er keine rechtswidrige Verordnung erlassen wird. Das Ganze gipfelt dann in der von Frau Ziebart (FDP) und Dr. Rieskamp (WPS) geäußerten Überlegung "brauchen wir überhaupt eine Baumschutzverordnung?".

Im Ergebnis wurde im Stadtrat nach erregten Wortgefechten über die Frage der Bestimmbarkeit unbestimmter Rechtsbegriffe und die juristische Qualifikation des Rechtsprofessors Günther Picker die gute alte Baumschutzverordnung mit marginalen Änderungen bestätigt.

Was hier sichtbar wird, sind die Konsequenzen einer populistischen Politik:

Der Stadtrat und die Verwaltung werden mit Anträgen eingedeckt, die hauptsächlich Arbeit, Zeit und natürlich auch Geld kosten, aber keine Aussicht auf Realisierung haben. Das geschieht auch hinsichtlich der gegen deutsches und europäisches Recht verstößenden Nord-Ost-Umfahrung durch ein ausgewiesenes FFH

(Fauna-Flora-Habitat) Gebiet. Wichtig ist allein die Botschaft an die eigene Klientel.

Gleichzeitig wird ständig und im Tonfall aggressiv über die Ineffizienz, die Unfähigkeit und Verschwendungssucht der Verwaltung geklagt.

So verstärkt sich der auch in der Presse verbreitete Eindruck: "der Stadtrat beschäftigt sich hauptsächlich mit sich selbst und bringt nichts vorwärts". Nur wenn es ums Schuldenmachen geht, wird richtig hingelangt – dank der selbsternannten Gestaltungsmehrheit unter der Führung der Stadträtin und Kreiskämmerin (!) Eva John.

Unser Kommentar:

Im Mai schlagen die Bäume aus. Manchmal schlagen sie auch zurück. Aus Selbstschutz und Im Interesse des Rechtsstaates. fs

Impressum

ViSdP: Christoph Bail, 82319 Starnberg, Prinzenweg 24a;
Bail-consulting@gmx.de
Fotos&Layout: Peter Klinder;
Zeichnungen: Erika Schalper
www.gruene-starnberg-ov.de/

